ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Diermeier, Matthias; Niehues, Judith

Article

Einschätzungen zur Arbeitslosigkeit: Unwissen befördert systemisches Misstrauen

IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:
German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Diermeier, Matthias; Niehues, Judith (2019) : Einschätzungen zur Arbeitslosigkeit: Unwissen befördert systemisches Misstrauen, IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, ISSN 1864-810X, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, Vol. 46, Iss. 2, pp. 23-42, https://doi.org/10.2373/1864-810X.19-02-03

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/209525

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Vierteljahresschrift zur empirischen
Wirtschaftsforschung, Jg. 46

IW-Trends 2/2019

Einschätzungen zur Arbeitslosigkeit

Matthias Diermeier / Judith Niehues

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Vorabversion aus: IW-Trends, 46. Jg. Nr. 2
Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Verantwortliche Redakteure:
Prof. Dr. Michael Grömling, Telefon: 0221 4981-776
Holger Schäfer, Telefon: 030 27877-124
groemling@iwkoeln.de · schaefer.holger@iwkoeln.de · www.iwkoeln.de

Die IW-Trends erscheinen viermal jährlich, Bezugspreis € 50,75/Jahr inkl. Versandkosten.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung erhalten Sie über
lizenzen@iwkoeln.de.

ISSN 0941-6838 (Printversion)
ISSN 1864-810X (Onlineversion)

© 2019 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH
Postfach 10 18 63, 50458 Köln
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-452
Fax: 0221 4981-445
iwmedien@iwkoeln.de
www.iwmedien.de

Einschätzungen zur Arbeitslosigkeit: Unwissen befördert systemisches Misstrauen

Matthias Diermeier / Judith Niehues, Mai 2019

Zusammenfassung

Das Ausmaß an Arbeitslosigkeit wird deutlich überschätzt. Das geht aus einer Analyse von 23 europäischen Staaten auf Basis des European Social Survey 2016 hervor. Im Vergleich zur Arbeitslosenquote gemäß der International Labour Organization überschätzten die Deutschen die Arbeitslosigkeit im Jahr 2016 um mindestens 13,6 Prozentpunkte. Zwar fielen die Bewertungen im Zuge der zuletzt rückläufigen Arbeitslosigkeit etwas positiver aus. Gleichwohl vermuteten sowohl im Jahr 2008 als auch in 2016 rund 40 Prozent der Deutschen, die Arbeitslosenquote läge bei mindestens 20 Prozent. Auch in den meisten anderen Ländern hat die Überschätzung zwischen 2008 und 2016 zugenommen. Zwar bewegen sich die Bewertungen in Richtung der tatsächlichen Entwicklung, eine positive Dynamik wird allerdings meist zu wenig positiv, eine negative Dynamik hingegen noch negativer wahrgenommen. Je stärker die Bürger die Arbeitslosigkeit überschätzen, desto weniger vertrauen sie dem politischen System, der Demokratie, den Mitmenschen und supranationalen Institutionen wie der EU. Dies gilt ebenso bei Berücksichtigung des individuellen Bildungs- und Einkommensniveaus – und weitestgehend auch im europäischen Ländervergleich. Die Relevanz der Ergebnisse für die aktuelle politische Debatte zeigt sich in besonderem Maß in dem Zusammenhang zwischen Überschätzung der Arbeitslosigkeit und rechtspopulistischem Wahlverhalten. Vor allem in Westeuropa neigen Menschen mit einer pessimistischen Einschätzung der Arbeitslosigkeit eher rechtspopulistischen Parteien zu.

Stichwörter: Wahrnehmung, Politikvertrauen, Populismus, Arbeitslosigkeit
JEL-Klassifikation: D72, D80, P16

Wahrnehmung als politische Wirklichkeit

Eine Vielzahl an ökonomischen, politischen und soziologischen Theorien begreift subjektive Entscheidungen und Handlungen als Reaktion auf ökonomische Befunde. Der von „rational choice“ geprägte, polit-ökonomische Ansatz postuliert etwa den Zusammenhang zwischen schlechterem Abschneiden bei wirtschaftlichen Kennziffern wie der Arbeitslosenrate oder dem Wirtschaftswachstum und einem grundsätzlichen Abstrafen der als verantwortlich empfundenen regierenden Partei (Lewis-Beck/Stegmaier, 2000). Die Wähler werden hierbei als rationale Akteure verstanden, die Informationen sammeln, verarbeiten und daraus entsprechende Ableitungen für ihre Handlungen ziehen. Die Voraussetzung hierbei ist, dass ökonomische Indikatoren ungefiltert und korrekt wahrgenommen werden – die wahrgenommene Welt also ein Abbild der Realität ist. Eine solche Annahme wird durch Studien infrage gestellt, die eindrücklich das begrenzte Wissen über tatsächliche ökonomische und gesellschaftliche Indikatoren aufzeigen. Die jährliche und international vergleichende Perils-of-Perception-Online-Befragung von Ipsos MORI hebt hervor, wie weit die Einschätzungen der Befragten in nahezu allen Ländern von den wahren Kenngrößen entfernt liegen. Große mediale Aufmerksamkeit erreichte etwa die Befragung 2016 mit der Beobachtung, dass in Deutschland rund viermal so viele Menschen mit muslimischer Religionszugehörigkeit vermutet werden, wie es die tatsächlichen Bevölkerungsstatistiken nahelegen (Ipsos MORI, 2016). Auch andere Kenngrößen wie die Kriminalitätssituation und -entwicklung, Fragen bezüglich der Gesundheitsstatistik sowie das Ausmaß der Arbeitslosigkeit werden regelmäßig deutlich zu pessimistisch eingeschätzt.

Bedeutsamkeit erlangt die Diskrepanz zwischen Wahrnehmung und Wirklichkeit im politökonomischen Kontext dann, wenn politische Präferenzen stärker mit subjektiven Einschätzungen als mit der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung zusammenhängen. Angesichts des Erstarkens populistischer Kräfte dreht sich die Diskussion derzeit vor allem um zunehmende Entfremdungstendenzen zwischen Bürgern und den sie repräsentierenden politischen Institutionen sowie um die Frage, wie etablierte Parteien enttäuschte Wähler zurückgewinnen können. Von großem Interesse ist in dieser Hinsicht, inwiefern eine übermäßig pessimistische Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage mit fehlendem Vertrauen in das politische System oder der Zustimmung zu populistischen Parteien zusammenhängt. Der vorliegende Beitrag hat zum Ziel, einerseits den Zusammenhang zwischen ökono-

mischen Fehleinschätzungen und Indikatoren des (politischen) Vertrauens und der Systemzufriedenheit abzubilden sowie andererseits die Bedeutung pessimistischer Wahrnehmung für populistisches Wahlverhalten zu beleuchten. Als relevante ökonomische Kennzahl wird die subjektive Einschätzung zur Arbeitslosigkeit verwendet, da hierzu über die Zeit und international vergleichbare Daten vorliegen. Gleichzeitig handelt es sich um eine medial häufig verwendete Kennzahl, für die es zwar verschiedene Messkonzepte gibt, die aber vorrangig unterschiedlichen Abgrenzungen und weniger normativen Bewertungen unterliegen.

Datengrundlage

Als Datenquelle wird der European Social Survey (ESS) verwendet, der im zweijährigen Turnus Daten über subjektive Einstellungen in verschiedenen europäischen Ländern in „face-to-face"-Befragungen erhebt. Um die Einschätzung der Arbeitslosigkeit zu messen, wird auf die folgende Frage zurückgegriffen: „Was würden Sie sagen: Wie viele von 100 Personen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland sind arbeitslos und suchen eine Arbeit? […] Wenn Sie sich nicht sicher sind, bitte schätzen Sie." Als Antwortmöglichkeiten wurde für Angaben zwischen 0 und 50 Personen (oder Prozent) eine Liste mit zehn Intervallen in Abständen von 5 Prozentpunkten bereitgestellt sowie eine elfte Kategorie, falls die Vermutung bei „50 oder mehr" Personen liegt. Weiterhin gab es die Kategorie „weiß nicht". Für Deutschland liegen für das Jahr 2016 von den insgesamt 2.852 Befragten 2.775 Antworten für eine der elf Kategorien vor. In allen 23 Ländern, in denen die Befragung durchgeführt wurde, sind es 44.387 Befragte mit 41.329 validen Antworten zu der Frage nach der Einschätzung der Arbeitslosigkeit. Da dieselbe Frage ebenfalls im ESS des Jahres 2008 erhoben wurde, können für ein kleineres Ländersample von 19 Ländern ebenfalls Unterschiede in den Einschätzungen zwischen 2008 und 2016 untersucht werden. In einigen Ländern reicht der Erhebungszeitraum der entsprechenden ESS-Welle stärker in das Jahr 2009 beziehungsweise 2017 hinein. Bei Vergleichen mit anderen Indikatoren werden für diese Länder entsprechend die Ausprägungen der Folgejahre gegenübergestellt. In den folgenden ESS-Auswertungen werden jeweils gewichtete Daten verwendet.

Überschätzung der Arbeitslosigkeit in Deutschland

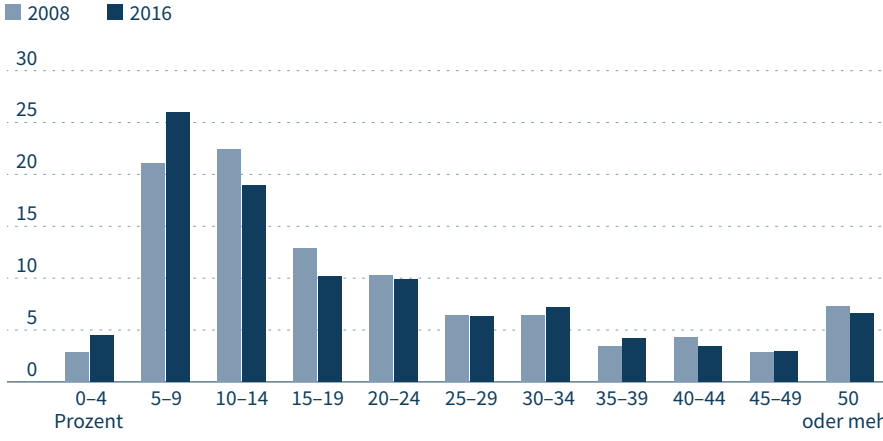
Um das Konzept der Einschätzungen zu veranschaulichen, stellt Abbildung 1 die vermutete Höhe der Arbeitslosigkeit in den Jahren 2008 und 2016 beispielhaft für

Deutschland dar. Da die Einschätzungsfrage der Definition der Arbeitslosenquote der International Labour Organization (ILO) ähnelt, werden wie in Bublitz (2016) die ILO-Arbeitslosenquoten als maßgebliche Referenzgröße für den tatsächlichen Anteil Arbeitsloser an der erwerbsfähigen Bevölkerung herangezogen. Im Jahr 2008 betrug die Arbeitslosenquote gemäß ILO-Definition in Deutschland 7,5 Prozent. Bis zum Jahr 2016 sank die Quote auf 4,2 Prozent. Der Vergleich der ILO-Arbeitslosenquote mit den Einschätzungen der Befragten, die diese Frage valide beantworteten, zeigt eine abnehmende Treffsicherheit der Einschätzungen: Im Jahr 2008 konnten noch etwas mehr als 21 Prozent der Deutschen das korrekte Antwortintervall zuordnen. Im Jahr 2016 hingegen lag der Anteil, der die Arbeitslosigkeit nun korrekt unter 5 Prozent vermutete, bei nur 5 Prozent.

Die Arbeitslosenquote ist dabei kein triviales Konzept: So können sich Abweichungen gegenüber der ILO-Definition durch den Bewertungsspielraum ergeben, ab welchem Stundenumfang eine Person als arbeitslos gilt, welche Alterskohorten zur Gruppe der erwerbsfähigen Bevölkerung gehören und wie die aktive Suche nach Arbeit abgegrenzt wird. Solche Fragen werden beispielsweise in der Statistik

Wahrnehmung der Arbeitslosigkeit in Deutschland Abbildung 1

Anteil der Antwortintervalle (Einschätzung des Anteils von Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung in Prozent) an allen validen Antworten in Prozent



Antwortintervalle jeweils 5 Prozentpunkte. Zugrunde liegende Frage: „Was würden Sie sagen: Wie viele von 100 Personen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland sind arbeitslos und suchen eine Arbeit? Bitte wählen Sie Ihre Antwort aus der Liste [...]. Wenn Sie sich nicht sicher sind, bitte schätzen Sie.“
Quellen: ESS; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 1: http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/aqaBZrH5zEkWzFN

der Bundesagentur für Arbeit (BA) anders gehandhabt als beim ILO-Konzept. Diese Abgrenzungsungenauigkeit lässt sich berücksichtigen, indem man wie Bublitz (2016) Schätzungen im Rahmen von +/–3-Prozentpunkten als unverzerrte Schätzungen der Arbeitslosigkeit bewertet. Selbst bei Berücksichtigung dieses zusätzlichen Schwellenwerts überschätzte sowohl im Jahr 2008 als auch in 2016 mehr als die Hälfte der befragten Bundesbürger die Arbeitslosigkeit. Dies gilt auch dann, wenn anstelle der ILO-Arbeitslosenquoten die höheren Arbeitslosenquoten der BA zugrunde gelegt werden. Diese lagen bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen im Jahr 2008 bei 7,8 Prozent und in 2016 bei 6,1 Prozent.

Im Einklang mit dem langjährigen Arbeitsmarktaufschwung seit 2005 waren im Jahr 2016 etwas mehr Bundesbürger als in der Befragung 2008 der Auffassung, dass die Arbeitslosenquote unter 10 Prozent läge. Dabei ist jedoch nur der Anteil derjenigen Befragten gesunken, die unter 100 Erwerbspersonen zwischen 10 und 19 Arbeitslose vermuteten. Gleichsam in 2008 und 2016 waren rund 40 Prozent der deutschen Bevölkerung der Meinung, dass die Arbeitslosenquote bei mindestens 20 Prozent läge. Während in der Gesamtschau der Daten ein Teil der Bürger seine Einschätzung an die realen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt angepasst hat, erscheint das Antwortverhalten einer breiten Bevölkerungsschicht gänzlich entkoppelt von der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt und der deutlich gesunkenen Arbeitslosenquote. Dieses Phänomen kann auf bewusstes Ignorieren der vorhandenen Informationen über den Arbeitsmarkt zurückgehen oder die jeweiligen Informationen erreichen die betroffene Bevölkerungsschicht nicht. Ersteres wird durch die Wahrnehmungsforschung der politischen Psychologie unterstützt: So wird die Umwelt von Wählern mit dem Ziel, kognitive Dissonanzen zu vermeiden, selektiv wahrgenommen, sodass sie zu den Forderungen der jeweilig präferierten Partei passt (Lavine et al., 2012). Welche Erklärung im Vordergrund steht, kann die vorliegende Querschnittsbetrachtung nicht beantworten.

Um das Antwortverhalten bezüglich der Fehleinschätzungen in einem Wert auszudrücken, wird jeweils die untere Grenze eines Intervalls als Einschätzung für alle Antworten in der Kategorie angesetzt. Im Vergleich zu der Annahme einer Normalverteilung der Antworten innerhalb eines Intervalls (vgl. Cardoso et al., 2016) fällt die Einschätzung für die unteren zehn Intervalle somit um 2,5 Prozentpunkte niedriger aus und man umgeht das Problem einer besonderen Bewertung des

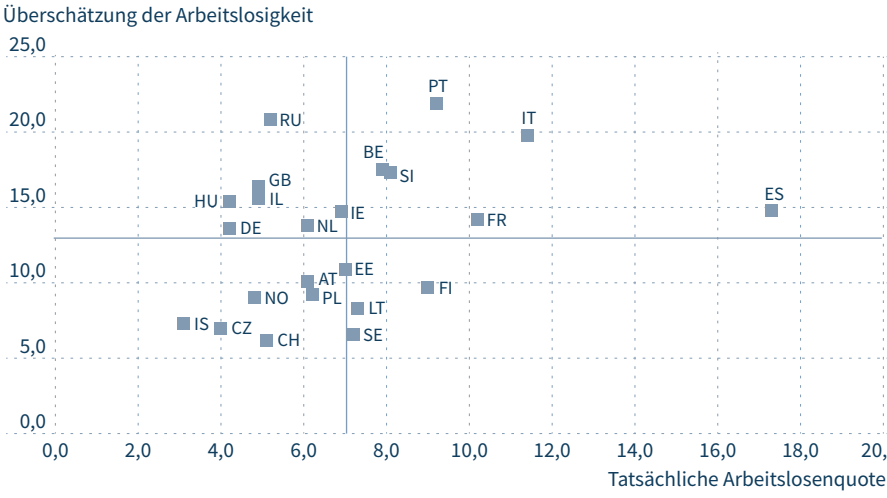
elften, größeren Intervalls. Damit handelt es sich bei den vorliegenden Ergebnissen um eine konservative Bestimmung der Überschätzung der Arbeitslosigkeit. Für Deutschland ergibt sich auf Basis dieser Annahme eine durchschnittliche Einschätzung der Arbeitslosigkeit (untere Grenze) in Höhe von 18,6 Prozent im Jahr 2008 und eine etwas niedrigere in Höhe von 17,8 Prozent in 2016. Da sich jedoch die Arbeitslosigkeit stärker verringerte als die Einschätzungen, erhöhte sich die Überschätzung der Arbeitslosigkeit um 2,5 Prozentpunkte von 11,1 Prozent im Jahr 2008 auf 13,6 Prozent in 2016. Das Ausmaß der Überschätzung bewegt sich damit in einem ähnlichen Rahmen wie in Bublitz (2016) in Höhe von 10,2 bis 11,4 Prozentpunkten und Ipsos MORI (2018) in Höhe von 16 Prozentpunkten. Hier wurden bei der Abfrage der Einschätzungen keine Intervalle vorgegeben.

Wahrnehmung und Realität im europäischen Vergleich

Abbildung 2 kontrastiert die Überschätzung der Arbeitslosigkeit mit der tatsächlichen Arbeitslosigkeit für die 23 europäischen Länder des ESS 2016. Trotz Verwendung der unteren Grenze der Antwortintervalle zeigt sich in allen Ländern eine deutliche Überschätzung der Arbeitslosigkeit. Die durchschnittliche Überschätzung der Arbeitslosenquote liegt im europäischen Ländervergleich 2016 bei rund 13 Prozentpunkten. Die Fehleinschätzung der deutschen Befragten bewegt sich somit im europäischen Durchschnitt. In Kombination mit der im Vergleich unterdurchschnittlichen Arbeitslosenquote in Deutschland ordnet sich Deutschland in Abbildung 2 in das obere linke Viertel ein – wie auch die Niederlande, Ungarn, das Vereinigte Königreich, Irland und Rumänien. Eine überdurchschnittliche Überschätzung in Kombination mit einer überdurchschnittlichen Arbeitslosenquote findet sich hingegen, angeführt von einer Überschätzung um knapp 22 Prozentpunkte in Portugal, in den südeuropäischen Ländern. In den nordeuropäischen und baltischen Ländern fällt die Überschätzung wiederum ausnahmslos unterdurchschnittlich aus. Generell lässt sich ein statistisch signifikant positiver Zusammenhang zwischen Überschätzung und tatsächlicher Höhe der Arbeitslosigkeit feststellen: In Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit wird diese tendenziell stärker überschätzt als in Ländern mit niedriger Arbeitslosigkeit. In dieses Bild passt zum Beispiel die Schweiz, wo die niedrigste Überschätzung der Arbeitslosigkeit in Höhe von 6,2 Prozentpunkten mit einer unterdurchschnittlichen Arbeitslosenquote in Höhe von 5,1 Prozent einhergeht.

Überschätzung und tatsächliche Arbeitslosenquote Abbildung 2

Überschätzung der Arbeitslosenquote in Prozentpunkten[1] und Arbeitslosenquote (ILO-Konzept) in Prozent, jeweils 2016



1) Die durchschnittliche Überschätzung der Arbeitslosigkeit wird als Differenz der jeweils unteren Grenze der 5-Prozent-Intervalle zur Einschätzung der Arbeitslosigkeit und der ILO-Arbeitslosenquote bemessen.
Die Linien entsprechen jeweils den ungewichteten Durchschnitten der Länderwerte.
Quellen: ESS; ILO; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 2: http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/EeoeQxgM4WBBgRg

Der Befund einer durchgängig überschätzten Arbeitslosigkeit gilt ebenso, wenn man dieselbe Betrachtung für das Jahr 2008 vornimmt (s. auch Cardoso et al., 2016), bevor die Arbeitslosigkeit in einigen Ländern (z. B. Spanien) infolge der Staatsschulden- und Finanzmarktkrise stark anstieg und sich das wirtschaftliche Klima deutlich verschlechterte. Auch im Jahr 2008 lagen die Befragten in der Schweiz mit ihrer Einschätzung am nächsten an der offiziellen Statistik und überschätzten die Arbeitslosenquote „nur“ um 5,4 Prozentpunkte. Als die größten Pessimisten stachen von den hier betrachteten Ländern die Ungarn hervor, bei denen sich eine durchschnittliche Überschätzung der Arbeitslosenquote von 22,7 Prozentpunkten ergab.

Veränderungen der Einschätzungen

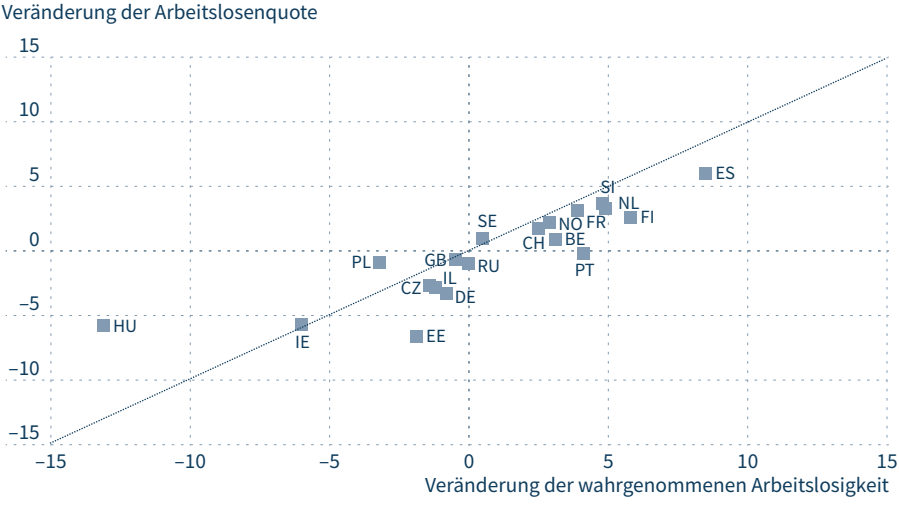
Die beiden Erhebungszeitpunkte 2008 und 2016 erlauben für eine limitierte Ländergruppe eine Betrachtung der Veränderung von Arbeitslosigkeit und entsprechender Überschätzung. Aufgrund der hohen Varianz in der Arbeitslosenquote wird

analysiert, ob die Einschätzungen der Befragten an die reale Entwicklung rückgekoppelt sind. Auch der Frage nach einer möglichen Überbewertung negativer Arbeitsmarktschocks – eines sogenannten „negativity bias“ (Rozin/Royzman, 2001) – lässt sich nachgehen. Abbildung 3 zeigt geteilt von einer Winkelhalbierenden die jeweiligen Veränderungen in Prozentpunkten. Bei Ländern oberhalb dieser Linie hat die Überschätzung der Arbeitslosigkeit abgenommen, bei Ländern unterhalb der Linie hat sie zugenommen.

In den meisten betrachteten Ländern ist die wahrgenommene Arbeitslosigkeit entweder überproportional gestiegen (bei gestiegener Arbeitslosenquote) oder unterproportional gesunken (bei gesunkener Arbeitslosenquote). In Deutschland beispielsweise ist die tatsächliche Arbeitslosenquote um 3,3 Prozentpunkte gesunken – in der Wahrnehmung der Befragten liegt der Rückgang jedoch nur bei knapp 0,8 Prozentpunkten. Die Menschen scheinen den mittelfristigen Trend wahrzunehmen und ändern ihre Einschätzung in die richtige Richtung – jedoch

Veränderung der tatsächlichen und wahrgenommenen Arbeitslosigkeit Abbildung 3

Veränderung im Zeitraum 2008 bis 2016 in Prozentpunkten



Bei Ländern oberhalb der 45-Grad-Linie hat die Überschätzung der Arbeitslosigkeit abgenommen, bei Ländern unterhalb der Linie hat sie zugenommen.
Quellen: ESS; ILO; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 3: http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/kf5y6TEz8oRbJjx

nicht in entsprechender Proportionalität. Im Einklang mit den theoretischen Ausführungen zum „negativity bias“ hat die Überschätzung in den meisten Ländern zugenommen: Positive Entwicklungen wurden zu wenig positiv und negative Entwicklungen noch negativer wahrgenommen, als der reale Trend es nahelegen würde. Neben Deutschland lässt sich dies in Spanien beobachten, wo die Arbeitslosenquote zwischen 2008 und 2016 um 6 Prozentpunkte angestiegen ist, die wahrgenommene Arbeitslosenquote jedoch um 8,5 Prozentpunkte zugenommen hat. Realität und Wahrnehmung haben sich somit zwar in den meisten Ländern voneinander entfernt, orientieren sich jedoch an der Richtung der tatsächlichen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt (De Vries et al., 2018).

Ob dieser zunehmende Pessimismus der wirtschaftlichen Krisensituation geschuldet ist, die den Arbeitsmarkt vieler Länder deutlich traf, lässt sich nicht abschließend beantworten. Das hohe Niveau der Überschätzung und deren Tragweite in Ländern mit positiver Krisenerfahrung wie Deutschland deuten jedoch darauf hin, dass es sich eher um ein grundsätzliches Phänomen als um eine transitorische Krisenerscheinung handelt. Dennoch gibt es mit Ungarn eine große Ausnahme von diesem Muster: Hier ging die Arbeitslosenquote im Zeitraum 2008 bis 2016 um 5,8 Prozentpunkte und die Überschätzung um 13,1 Prozentpunkte zurück. Die Einschätzung zur Arbeitslosigkeit näherte sich der Realität somit um ganze 7,3 Prozentpunkte an. Ob dies auf eine besondere (mediale) Berichterstattung im Zuge des Regierungswechsels zurückgeht, bleibt hier offen.

Fehleinschätzungen und Vertrauen in Deutschland

Die deskriptiven Befunde deuten auf eine erhebliche Überschätzung der Arbeitslosigkeit hin, deren Ausmaß in den meisten Ländern in der zeitlichen Entwicklung weiter zugenommen hat. In einem nächsten Schritt wird untersucht, inwiefern die Fehleinschätzung zur Arbeitslosigkeit mit weiteren Variablen zusammenhängt. In Zeiten zunehmender politischer Polarisierung soll der Zusammenhang mit Vertrauen in die Politik und Demokratie, aber auch mit überstaatlicher Zusammenarbeit im Vordergrund der Analyse stehen (Poguntke/Scarrow, 1996; Norris/Inglehart, 2019). Der Untersuchung liegt die Hypothese zugrunde, dass eine Überschätzung der Arbeitslosigkeit zu einem geringeren Vertrauen in das politische System und den damit verbundenen Institutionen führt. Einen potenziellen Wirkungskanal stellt die empfundene Verantwortung von politischen Entscheidungsträgern für

schwierige wirtschaftliche Situationen dar, die sich beispielsweise in einer hohen Arbeitslosigkeit widerspiegeln. Dieser Wirkungskanal geht zurück auf die Annahme eines rationalen Wählers, der Informationen zu der wirtschaftlichen Entwicklung wahrnimmt und sie zu der politischen Repräsentanz oder dem demokratischen System in Verbindung setzt (Lewis-Beck, 1988). Wenn eine höhere faktische Arbeitslosigkeit zu einem geringen Vertrauen und weiteren negativen Einstellungen führt, dann ist davon auszugehen, dass dieser Effekt umso größer ausfällt, je höher die Arbeitslosigkeit wahrgenommen wird.

Das folgende Regressionsmodell untersucht exemplarisch für Deutschland den Zusammenhang zwischen individuellen Fehleinschätzungen der Arbeitslosigkeit und verschiedenen Vertrauens- und Zufriedenheitsvariablen. Die Fehleinschätzung wird dabei wie zuvor als Differenz zwischen unterer Grenze des Intervalls der wahrgenommenen Arbeitslosigkeit und der Arbeitslosenquote gemäß ILO-Definition berechnet. Im Gegensatz zu der durchschnittlichen Betrachtung auf Länderebene fällt die Differenz in der individuellen Betrachtung in einigen Fällen negativ aus (Unterschätzung der Arbeitslosigkeit). Neben den Fehleinschätzungen werden zahlreiche weitere Erklärungsvariablen berücksichtigt, von denen ein Einfluss auf Politikvertrauen und Zufriedenheit zu erwarten ist. Hierzu gehören das Bildungs- und Einkommensniveau der Befragten, aber auch die subjektive Beurteilung der Einkommenssituation und die Einschätzung der Wahrscheinlichkeit, selbst in den nächsten zwölf Monaten arbeitslos zu werden.

Aus der Tabelle geht hervor, dass eine höhere Überschätzung der Arbeitslosigkeit ceteris paribus sowohl mit einem geringeren Vertrauen in die Politik (hier gemessen als Vertrauen in das Parlament/Bundestag) als auch mit weniger Vertrauen im Umgang mit anderen Menschen einhergeht. Dies gilt unabhängig von den ebenfalls identifizierten Einflüssen des Bildungs- und (subjektiven) Einkommensniveaus. Zudem sind Befragte mit einer stärker ausgeprägten Überschätzung der Arbeitslosigkeit weniger zufrieden mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert. Sie sind eher der Meinung, die europäische Einigung solle nicht weiter ausgebaut werden, sondern sei „schon jetzt zu weit gegangen“. Die Schätzergebnisse zeigen, dass eine um 1 Prozentpunkt höhere Überschätzung der Arbeitslosigkeit mit einer Verschiebung der Bewertung des Politikvertrauens oder der Demokratiezufriedenheit um etwa 0,02 Punkte auf der 11-Punkte-Skala der

abhängigen Variablen einhergeht. Der Effekt erscheint auf den ersten Blick gering, allerdings gilt es zu beachten, dass sich die Unterschiede in den Fehleinschätzungen um bis zu 50 Prozentpunkte bewegen. Außerdem zeigen die nicht in der Tabelle ausgewiesenen standardisierten Regressionskoeffizienten für die Spezifikation in Spalte (1), dass die Fehleinschätzung der Arbeitslosigkeit, ein tertiäres Bildungsniveau und die Einschätzung, nur schwer mit dem gegenwärtigen Haushaltseinkommen zurechtzukommen, jeweils eine ähnliche Effektstärke bezüglich des Zusammenhangs mit dem Vertrauen in die Politik aufweisen. Zwischen Überschätzung der Arbeitslosigkeit und individueller Lebenszufriedenheit (Spalte (3)) zeigt sich bei einem unterstellten Signifikanzniveau von 5 Prozent hingegen kein statistisch signifikanter Zusammenhang. Im Gegensatz zu den anderen Schätzungen erweisen sich in dieser Spezifikation die individuelle Sorge vor einem Arbeitsplatzverlust und die individuelle Arbeitslosigkeit als bedeutendere Einflussfaktoren.

Die Regressionsergebnisse deuten darauf hin, dass eine übermäßig pessimistische Einschätzung der Arbeitslosigkeit mit einem größeren systemischen Misstrauen – in vielen Dimensionen – einhergeht. Neben den in der Tabelle dargestellten Indikatoren wurden die Regressionen mit vielen weiteren subjektiven Einschätzungen durchgeführt. Auch bei alternativen Variablen zur Messung des Vertrauens in das politische System (z. B. in Gesetzgebung, Politiker, Europäisches Parlament) zeigen sich vergleichbare Effekte. Befragte mit einer stärkeren Überschätzung der Arbeitslosigkeit sehen weniger Mitsprachemöglichkeiten. Neben der Zufriedenheit mit der Demokratie fällt die Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland, mit der Art und Weise, wie die Bundesregierung ihre Arbeit erledigt, mit dem Gesundheitssystem und mit dem Bildungssystem (Letzteres lediglich statistisch signifikant bei einem Signifikanzniveau von 10 Prozent) niedriger aus. Neben dem negativen Zusammenhang mit dem Menschenbild (Verhalten sich Menschen eher fair oder sind sie meistens auf den eigenen Vorteil bedacht?) geht eine Überschätzung mit einem negativen Bild über die Effekte von Zuwanderung und der Vermutung einher, dass sich Arbeitslose nicht wirklich bemühen, eine Stelle zu finden. Auf Basis einer Logit-Schätzung mit den gleichen Kontrollvariablen wie in der Tabelle deutet sich ebenfalls an, dass eine stärkere Überschätzung der Arbeitslosigkeit mit einer statistisch signifikant höheren Wahrscheinlichkeit einhergeht, zu einem Austritt aus der EU zu tendieren, und mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit, an der letzten Bundestagswahl teilgenommen zu haben.

Fehleinschätzungen und Vertrauen

Tabelle

Lineare OLS-Regression für Deutschland im Jahr 2016

Abhängige Variablen: Skalierung 0 bis 10	(1) Vertrauen Parlament[1)]	(2) Vertrauen Mitmenschen[2)]	(3) Lebenszufriedenheit[3)]	(4) Zufriedenheit mit Demokratie[3)]	(5) EU zu weit / weiter[4)]
Überschätzung Arbeitslosigkeit[5)]	**–0,022*** (0,004)**	**–0,016*** (0,003)**	**–0,004 (0,003)**	**–0,026*** (0,004)**	**–0,014*** (0,004)**
Referenz: männlich					
Weiblich	–0,127	–0,086	0,043	–0,069	0,112
	(0,095)	(0,090)	(0,076)	(0,097)	(0,114)
Alter	–0,047***	0,002	–0,061***	–0,034*	–0,052**
	(0,018)	(0,017)	(0,015)	(0,018)	(0,022)
Alter[2)]	0,000**	–0,000	0,001***	0,000	0,000**
	(0,000)	(0,000)	(0,000)	(0,000)	(0,000)
Referenz: Primärbildung					
Sekundär	–0,104	0,228	–0,005	0,180	0,220
	(0,185)	(0,178)	(0,163)	(0,179)	(0,199)
Postsekundär	0,109	0,463**	0,080	0,460**	0,455**
	(0,206)	(0,189)	(0,170)	(0,196)	(0,224)
Tertiär	0,668***	0,930***	0,106	0,693***	1,006***
	(0,205)	(0,193)	(0,171)	(0,197)	(0,225)
Referenz: erwerbstätig					
Arbeitslos	–0,089	–0,572**	–0,712**	–0,496	–0,458
	(0,324)	(0,289)	(0,316)	(0,329)	(0,420)
Ruhestand	–0,061	0,047	–0,010	–0,080	0,228
	(0,181)	(0,167)	(0,159)	(0,181)	(0,221)
In Ausbildung	0,538**	0,340	–0,130	0,623***	0,663***
	(0,222)	(0,224)	(0,173)	(0,229)	(0,246)
Sonstiges	0,074	–0,206	–0,159	0,042	0,308
	(0,159)	(0,154)	(0,144)	(0,171)	(0,196)
Referenz: mit dem gegenwärtigen Einkommen bequem leben					
Zurechtkommen	–0,304***	–0,387***	–0,719***	–0,468***	0,030
	(0,110)	(0,099)	(0,078)	(0,112)	(0,129)
Schwer/sehr schwer zurechtkommen	–1,064***	–1,348***	–2,291***	–1,514***	–1,167***
	(0,212)	(0,194)	(0,196)	(0,222)	(0,258)
Referenz: unwahrscheinlich, arbeitslos zu werden / nicht relevant					
Wahrscheinlich, arbeitslos zu werden	0,155	0,275*	–0,434**	–0,023	0,045
	(0,177)	(0,166)	(0,170)	(0,181)	(0,222)
Referenz: 1. Quintil Haushaltseinkommen					
2. Quintil	0,384**	0,170	0,446***	0,118	0,019
	(0,177)	(0,167)	(0,156)	(0,174)	(0,204)
3. Quintil	0,394**	0,211	0,523***	0,124	0,234
	(0,179)	(0,164)	(0,151)	(0,174)	(0,206)
4. Quintil	0,495***	0,204	0,648***	0,103	0,435**
	(0,180)	(0,165)	(0,149)	(0,177)	(0,204)
5. Quintil	0,878***	0,188	0,713***	0,467**	0,669***
	(0,193)	(0,178)	(0,157)	(0,191)	(0,225)
Konstante	6,399***	5,195***	9,049***	6,811***	6,386***
	(0,449)	(0,436)	(0,366)	(0,466)	(0,536)
Beobachtungen	2.414	2.414	2.414	2.414	2.414
R^2	0,125	0,101	0,217	0,122	0,076

Robuste Standardfehler in Klammern; *** p < 0,01, ** p < 0,05, * p < 0,1. 1) 0 = Vertraue überhaupt nicht, 10 = Vertraue voll und ganz. 2) 0 = Man kann nicht vorsichtig genug sein, 10 = Den meisten Menschen kann man vertrauen. 3) 0 = Äußerst unzufrieden, 10 = Äußerst zufrieden. 4) 0 = Einigung ist schon zu weit gegangen, 10 = Einigung sollte weitergehen. 5) In Prozentpunkten.
Quellen: ESS; ILO; Institut der deutschen Wirtschaft

Die zusätzlichen Schätzungen verstärken das Bild, dass eine Überschätzung der Arbeitslosigkeit Abgrenzungstendenzen gegenüber Mitmenschen, Migranten, Politik und überstaatlicher Zusammenarbeit befördert. Die Querschnittsbetrachtung erlaubt jedoch keinesfalls die Identifikation eines kausalen Effekts. Das korrekte Wissen über die Höhe der Arbeitslosigkeit würde nicht zwangsläufig zu einem höheren Vertrauen führen, da der Zusammenhang auch durch eine unbeobachtete Drittvariable begründet sein kann. Interessant ist gleichwohl, dass sich die pessimistische Sicht nicht gleichermaßen in der Bewertung der eigenen Situation widerspiegelt. Auch in den anderen Ländern des ESS 2016 ergeben sich vergleichbare Effekte. Eine Ausnahme bildet die Bewertung der EU-Einigung, die in einigen Ländern in keinem Zusammenhang mit der Überschätzung der Arbeitslosigkeit steht. In manchen Ländern, beispielsweise Frankreich, besteht zudem ein statistisch signifikanter Zusammenhang mit der subjektiven Lebenszufriedenheit. Polen stellt eine Ausnahme dar, weil die Überschätzung bei keiner der fünf abhängigen Variablen eine statistische Signifikanz erreicht. Bei den Regressionen wurde die abhängige Variable kontinuierlich interpretiert und vereinfachend mit einem linearen OLS-Modell geschätzt. Die Ergebnisse bleiben jedoch qualitativ vergleichbar, wenn die Schätzungen mit einem ordinalen Regressionsmodell repliziert werden.

Zufriedenheit mit der Demokratie im europäischen Vergleich

Bislang fokussierte die Regressionsanalyse auf den individuellen Zusammenhang zwischen überschätzter Arbeitslosigkeit und systemischem Misstrauen in politische Institutionen und die Demokratie. Es konnte gezeigt werden, dass eine stark negative Fehleinschätzung des Arbeitsmarktes mit einem verstärkten systemischen Misstrauen einhergeht. In Makro-Level-OLS-Regressionsmodellen wird analysiert, welche Länderunterschiede in diesem Zusammenhang bestehen und wie diese einzuordnen sind. Beispielhaft wird Zufriedenheit mit der Demokratie als übergeordnete abhängige Variable betrachtet und innerhalb des aggregierten Querschnitts der 23 europäischen Länder in einem OLS-Modell auf die Überschätzung der Arbeitslosigkeit regressiert. Als Kontrollvariablen werden das logarithmierte BIP und die tatsächliche Arbeitslosigkeit auf Landesebene konstant gehalten. Aufgrund der geringen Anzahl an Beobachtungen und in Ermangelung einer zeitlichen Variation sind die Ergebnisse nur als korrelativer Zusammenhang zu interpretieren. Weitere makroökonomische Kontrollvariablen wie die Bevölkerungsgröße, die Ungleichheit oder die Sozialquote erreichen in der Regression keine statistische Signifikanz.

Vergleichbar mit den Berechnungen auf individueller Ebene lässt sich auch auf Länderebene ein robuster negativer Zusammenhang zwischen Überschätzung der Arbeitslosigkeit und Zufriedenheit mit der Demokratie feststellen. Abbildung 4 stellt die Residuen der beschriebenen Regression dar und lässt sich wie folgt interpretieren: Gegeben der jeweiligen Arbeitslosenquote und des Wohlstandsniveaus überschätzen Befragte in Deutschland die Arbeitslosenquote überproportional und sind überproportional unzufrieden mit der Demokratie. Ein noch stärkerer Effekt lässt sich in Italien beobachten. Gegenbeispiele bilden die Schweiz, Finnland und Schweden: Hier wird die Arbeitslosigkeit ceteris paribus weniger überschätzt, während die Zufriedenheit mit der Demokratie höher ausfällt. Qualitativ vergleichbare Ergebnisse erzielen die in der Tabelle verwendeten Vertrauensvariablen. Im Gegensatz zu der individuellen Betrachtung zeigt sich bei der Einschätzung zur EU-Einigung kein Zusammenhang, da einige Länder mit hoher Überschätzung der Arbeitslosigkeit gleichzeitig eine hohe Zustimmung für die EU aufweisen (z. B. Portugal). Die makroökonomischen Effekte bleiben bestehen, wenn diese gemeinsam mit den individuellen Variablen aus der Tabelle mittels eines Multilevel-Modells geschätzt werden.

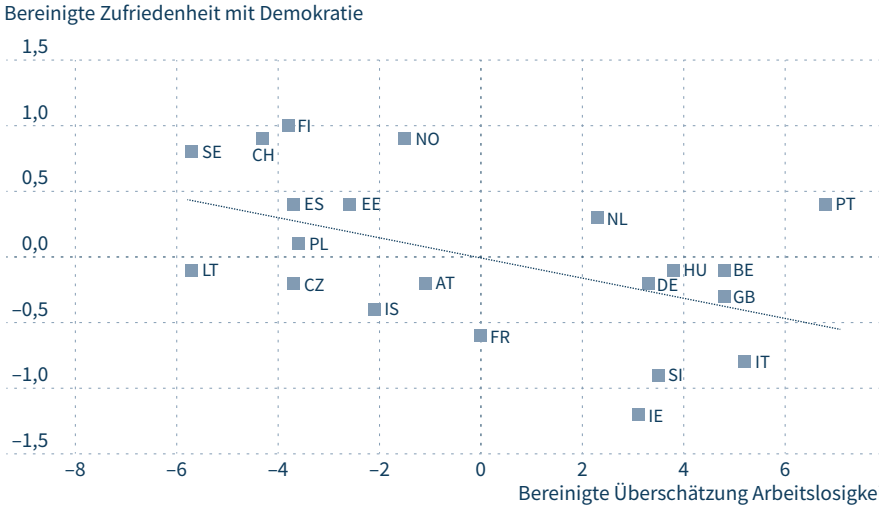
Pessimismus und Populismus

Neben dem Zusammenhang von übermäßig pessimistischen Einschätzungen des Arbeitsmarktes und einer hohen Unzufriedenheit mit dem politischen System wird im Weiteren untersucht, inwiefern ein ähnlicher Zusammenhang mit Blick auf die Anhängerschaft rechtspopulistischer Parteien besteht.

Als Untersuchungsgegenstand eignen sich hier besonders die von der Literatur trotz fundamentaler Unterschiede als vergleichbar erachteten populistisch radikal rechten Parteien (PRRP) Westeuropas (Mudde, 2007). Diese haben es in der Vergangenheit sowohl geschafft, Wählerschichten zu mobilisieren, die sich von den etablierten Parteien in der Migrationsfrage nicht mehr repräsentiert fühlen, als auch solche die das politische System vielmehr als Ganzes infrage stellen (Spruyt et al., 2016). So stilisieren sich nach der gängigen Populismus-Definition von Mudde (2007) populistische Parteien zu Vertretern des „wahren Volkswillens“ („volonté générale“) gegenüber einer vermeintlich korrupten Elite. Anhänger dieser Parteiengruppe lehnen das politische System stärker ab als Anhänger anderer Parteien. In diesem Kontext zeigt eine sozialpsychologische Studie mit Blick auf die USA

Zufriedenheit mit der Demokratie und Überschätzung der Arbeitslosigkeit Abbildung 4

Residuen einer OLS-Regression auf Länderebene[1)]



1) Sowohl die auf Länderebene aggregierte Zufriedenheit mit der Demokratie als auch die aggregierte Überschätzung der Arbeitslosigkeit sind durch eine OLS-Regression jeweils um Unterschiede im logarithmierten BIP pro Kopf sowie der nationalen Arbeitslosenquote bereinigt.
Quellen: ESS 2016; ILO; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 4: http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/mZGXtYyxSxcZsoP

den Einfluss von Zustimmung zu Verschwörungstheorien auf die Neigung zu populistischen Narrativen (Silva et al., 2017). Die politischen Entscheidungsträger sind demnach auch verantwortlich für die in der Wahrnehmung dieser Parteianhänger verfehlte Politik mit Blick auf Migration und ebenso hinsichtlich der wirtschaftlichen Fragen oder Globalisierungsprozesse (Kriesi, 1995; Swank/Betz, 2003).

Neben der Unzufriedenheit mit dem eigentlichen politischen System kann auch die individuelle pessimistische Wahrnehmung des Wirtschaftssystems in einem Zusammenhang mit der Anhängerschaft zur rechtspopulistischen Parteienfamilie stehen. Um eine entsprechende Analyse durchzuführen, werden im Folgenden die in der Länderauswahl im Jahr 2016 vorliegenden westeuropäischen rechtspopulistischen Parteien betrachtet. In Österreich ist es die FPÖ, in der Schweiz die SVP, in Deutschland die AfD, in Finnland sind es die Wahren Finnen, in Frankreich ist es der Front National, in Italien die Lega Norte, in den Niederlanden die PVV, in Nor-

wegen die FRP und in Schweden die Schwedendemokraten. Im ESS 2016 liegen zwei Fragen zur Anhängerschaft zu Parteien vor: „Gibt es eine politische Partei, der Sie näherstehen als allen anderen Parteien?“ sowie für die Befragten, die an der vergangenen nationalen Wahl teilgenommen haben „Welche Partei haben Sie […] gewählt“. Aufgrund der strukturellen Veränderungen, die Führungsspitze und Wählerschaft der AfD zwischen 2013 und 2016 durchlaufen haben, steht in der folgenden Analyse die Frage zu der aktuellen Einschätzung im Vordergrund. Die Ergebnisse verändern sich jedoch nicht strukturell, wenn stattdessen die vergangene Wahlabsicht verwendet wird.

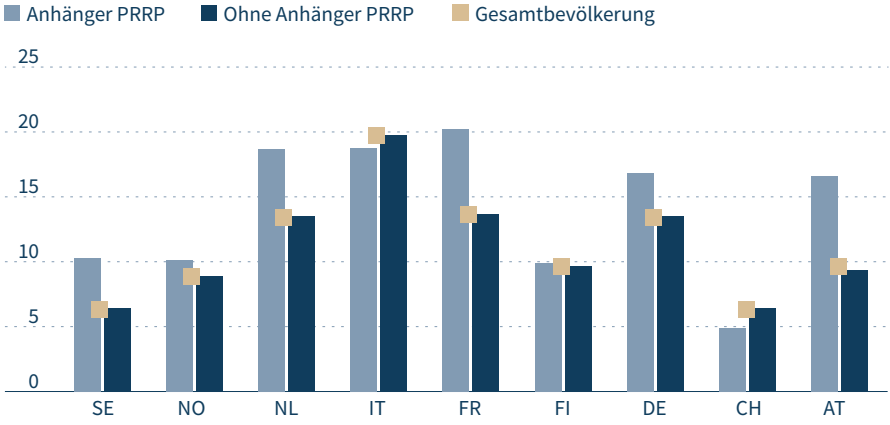
Abbildung 5 kontrastiert die bereits diskutierte durchschnittliche Überschätzung der Arbeitslosenquote mit derjenigen der Anhänger rechtspopulistischer Parteien in den jeweiligen Ländern. Mit Ausnahme Italiens und der Schweiz sind die Anhänger der rechten Parteiengruppe zum Teil deutlich pessimistischer als die übrige Bevölkerung. In Frankreich und Österreich schätzen Front-National- und FPÖ-Anhänger die Arbeitslosenquote sogar mehr als 6 Prozentpunkte höher ein als der Rest der Bevölkerung. In den Niederlanden, Schweden und Deutschland liegt die zusätzliche Überschätzung der PRRP-Anhänger zwischen 3 und 5 Prozentpunkten. Die Unterschiede werden ebenso bei den extremen Fehleinschätzungen deutlich. Vermuteten im Durchschnitt 40,4 Prozent der Deutschen insgesamt eine Arbeitslosenquote in Höhe von mindestens 20 Prozent, waren es unter den PRRP-Anhängern sogar 46,1 Prozent. Die Unterschiede zwischen den Anhängergruppen erhalten ihre statistische Signifikanz, selbst wenn die individuellen Kontrollvariablen wie in der Tabelle konstant gehalten werden. Die beiden Ausnahmen Italien und Schweiz könnten sich durch starke populistische Konkurrenz durch die Fünf-Sterne-Bewegung in Süditalien erklären, die besonders eine stärkere ökonomisch deprivierte Bevölkerungsschicht anspricht, sowie durch die Besonderheiten des politischen Systems in der Schweiz.

Negative Bilder und Entfremdungstendenzen

Die empirische Analyse identifiziert systematische Überschätzungen der Arbeitslosigkeit in allen betrachteten Ländern und bestätigt damit andere Studien zu diesem Thema. In Deutschland sind die Bürger im Median der Auffassung, dass zwischen 15 und 19 von 100 Personen im erwerbsfähigen Alter arbeitslos

Überschätzte Arbeitslosigkeit nach politischer Orientierung Abbildung 5

Durchschnittliche Überschätzung der Arbeitslosigkeit in Prozentpunkten im Jahr 2016 von Anhängern rechtspopulistischer Parteien[1] und der Gesamtbevölkerung



1) PRRP = Populistisch Radikal Rechte Parteien.
Quellen: ESS; ILO; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 5: http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/AAKYLGZaJNiwcmq

und auf der Suche nach Arbeit sind. Umgerechnet entspricht dies im Jahr 2016 einer Überschätzung der Arbeitslosigkeit gemäß ILO-Definition um mindestens 13,6 Prozentpunkte. Auch wenn die Einschätzung im Zuge der positiven Arbeitsmarktentwicklung etwas positiver ausfiel, vermuteten gleichermaßen in den Jahren 2008 und 2016 rund 40 Prozent der Deutschen, dass die Arbeitslosenquote bei mindestens 20 Prozent läge. Auch im internationalen Vergleich tendieren Realität und Einschätzung der Arbeitslosigkeit sowohl im Querschnitt als auch in der zeitlichen Entwicklung in dieselbe Richtung. Trotzdem wurde die Überschätzung in der Großzahl der Länder höher, da im betrachteten Zeitraum positive Entwicklungen im Durchschnitt zu wenig positiv und negative Entwicklungen zu negativ wahrgenommen wurden.

Eine Regressionsanalyse auf individueller Ebene deutet auf einen robusten empirischen Zusammenhang zwischen individueller Fehleinschätzung der Arbeitslosigkeit und breitflächigem Misstrauen gegenüber dem politischen System, dem Funktionieren der Demokratie und gegenüber supranationalen Institutionen wie der EU und dem Vertrauen in Mitmenschen hin.

Auch wenn die durchgeführten Querschnittsanalysen nur deskriptive Zusammenhänge zwischen den zu untersuchenden Größen aufzeigen können, bieten sie vielfältige Evidenz, dass pessimistische Einschätzungen ein gesteigertes Misstrauen in Politik, Institutionen und Mitmenschen implizieren können. Gleichzeitig deutet sich ein Zusammenhang mit politischen Entfremdungstendenzen an. Zum einen erhöht eine Überschätzung der Arbeitslosigkeit die Wahrscheinlichkeit des Nichtwählens, zum anderen fällt die Fehleinschätzung bei Anhängern rechtspopulistischer Parteien höher aus.

Aufgrund des korrelativen Designs kann die Studie nicht identifizieren, ob eine bessere Einschätzung zu weniger Entfremdungstendenzen führt. Ähnlich wie bei dem Entstehen von pessimistischen Wahrnehmungen und dem Vertrauen liegen vielfältige (psychologische) Prozesse zugrunde, deren komplexe Wirkungskanäle weitere Forschung unterschiedlicher Disziplinen erfordert. Trotzdem ist zu vermuten, dass eine realitätsnähere Einschätzung der wirtschaftlichen Situation vertrauensfördernd wirken kann.

Gesellschaftliche Missstände zu identifizieren und in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen, ist zwar die fundamentale Aufgabe der Zivilgesellschaft. Gleichwohl stellt eine übermäßig pessimistische und alarmistische Darstellung mittelfristig den gesellschaftlichen Zusammenhalt infrage und könnte potenziell systemdestabilisierend wirken. In Zeiten eines polarisierten öffentlichen Diskurses und allgegenwärtiger Fake News ist es Aufgabe der relevanten gesellschaftspolitischen Vertreter, ihrem Bildungs- und Informationsauftrag angemessen nachzukommen. Ein plausibler Ansatzpunkt wäre es zu hinterfragen, inwiefern wirtschaftliches Grundwissen in der schulischen Bildung angemessen vermittelt wird und ob eine Stärkung der wirtschaftlichen Kompetenz nicht für das Funktionieren liberaler Demokratien unumgänglich ist.

Literatur

Bublitz, Elisabeth, 2016, Perceptions of Inequality Survey 2015 / 2016, Gütersloh

Cardoso, Ana Rute / Loviglio, Annalisa / Piemontese, Lavinia, 2016, Misperceptions of unemployment and individual labor market outcomes, in: IZA Journal of Labor Policy, 5. Jg., Nr. 13, S. 1–22

De Vries, Catherine / Hobolt, Sara B. / Tilley, James, 2018, Facing up to the facts: What causes economic perceptions?, in: Electoral Studies, 51. Jg., S. 115–122

European Social Survey Cumulative File ESS 1-8, 2018, Data file edition 1.0. NSD - Norwegian Centre for Research Data, Norway - Data Archive and distributor of ESS data for ESS ERIC, Bergen

Ipsos MORI, 2016, Perils of perception, A 40-Country Study, https://www.ipsos.com/sites/default/files/migrations/en-uk/files/Assets/Docs/Polls/ipsos-mori-perils-of-perception-charts-2016.pdf [18.4.2019]

Ipsos MORI, 2018, Perils of perception, https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2018-12/ipsos-mori-perils-of-perception-2018-slides.pdf [18.4.2019]

Kriesi, Hanspeter, 1995, Bewegungen auf der Linken, Bewegungen auf der Rechten: Die Mobilisierung von zwei neuen Typen von sozialen Bewegungen in ihrem politischen Kontext, in: Swiss Political Science Review, 1. Jg., Nr. 1, S. 9–52

Lavine, Howard G. / Johnston, Christopher D. / Steenbergen, Marco R., 2012, The Ambivalent Partisan: How Critical Loyalty Promotes Democracy, New York

Lewis-Beck, Michael S., 1988, Economics and Elections: The Major Western Democracies, Ann Arbor

Lewis-Beck, Michael S. / Stegmaier, Mary, 2000, Economic Determinants of Electoral Outcomes, in: Annual Review Political Science, 3. Jg., S. 183–219

Mudde, Cas, 2007, Populist Radical Right Parties in Europe, New York

Norris, Pippa / Inglehart, Ronald, 2019, Cultural Backlash – Trump, Brexit, and Authoritarian Populism, New York

Poguntke, Thomas / Scarrow, Susan E., 1996, The politics of anti-party sentiment, in: European Journal of Political Research, 29. Jg., Nr. 3, S. 257–262

Rozin, Paul / Royzman, Edward B., 2001, Negativity Bias, Negativity Dominance, and Contagion, in: Personality and Social Psychology Review, 5. Jg., Nr. 4, S. 296–320

Silva, Bruno Castanho / Vegetti, Federico / Littvay, Levente, 2017, The Elite Is Up to Something: Exploring the Relation Between Populism and Belief in Conspiracy Theories, in: Swiss Political Science Review, 23. Jg., Nr. 4, S. 423–443

Spruyt, Bram / Keppens, Gil / Van Droogenbroeck, Filip, 2016, Who Supports Populism and What Attracts People to It?, in: Political Research Quarterly, 69. Jg., Nr. 2, S. 335–346

Swank, Duane / Betz, Hans-Georg, 2003, Globalization, the welfare state and right-wing populism in Western Europe, in: Socio-Economic Review, 1. Jg., Nr. 2, S. 215–245

Perceived Unemployment: Lack of Knowledge Promotes Systemic Distrust

People in many countries clearly overestimate the extent of unemployment. This is the conclusion of an analysis of 23 European countries based on the European Social Survey (ESS) 2016. In comparison with the official International Labour Organization unemployment rate, in 2016 Germans overestimated unemployment by at least 13.6 percentage points. While it is true that the estimates recorded by the ESS became somewhat more positive after unemployment had declined in preceding years, in both 2008 and 2016 around 40 per cent of Germans put the unemployment rate at least at 20 per cent. Similarly, in most other countries, overestimates increased between 2008 and 2016. While the assessments tend to move in the same direction as actual changes, positive developments are generally perceived as less positive and negative developments as more negative than they actually are. The greater the margin by which respondents overestimate unemployment, the less they trust the political system, democracy, their compatriots and supranational institutions such as the EU. These findings hold even after controlling education and income levels – and for most of the countries compared in the survey. The relevance of these results for the current political debate is particularly evident in the correlation between overestimating unemployment and right-wing populist voting behaviour. Particularly in Western Europe, people with a pessimistic view of unemployment tend to lean towards right-wing populist parties.

IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V., 46. Jahrgang, Heft 2/2019; ISSN 0941-6838 (Printversion); ISSN 1864-810X (Onlineversion). Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung erhalten Sie über lizenzen@iwkoeln.de © 2019, IW Medien GmbH, Köln; DOI: 10.2373/1864-810X.19-02-03